

Meine Antworten auf das Anschreiben der Bürgerinitiative „IPO stoppen“.

Vom 06.08.2022

Zu 1. Ich bin als Stadtrat wie z.B. dem IPO, ausreichend informiert, um verantwortungsvoll entscheiden zu können. Gerade deshalb lehne ich den IPO ab, weil ich mich umfassend und nicht nur auf Info der IPO Befürworter verlasse. Ich nutze dazu verschiedene Quellen. Stadträte anderer Kommunen sowie Presse, Funk und Fernsehen, „barockgarten. retten@web.de“ sowie das Internet.

zu 2. Nach all den Abwägungen bin ich der Meinung, dass es meine Pflicht und Schuldigkeit gegen über den Bürgerinnen und Bürger ist sich allumfassend Informiert zu sein und sich weiterzubilden.

zu 3. Auch ich bin der Meinung, dass der IPO einen großen negativen Eingriff in die Kulturlandschaft darstellen wird und insbesondere das Umfeld des Barockgartens und diesen selbst massiv beeinträchtigt (betr. Sichtachsen, Umgebungscharakter, Licht, Wasser, Verkehrslärm, Vegetation)?

zu 4. Ich bin der Meinung, dass Tolerieren bzw. ignorieren sächsische Verfassung nicht hinzunehmen ist. Auch der Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz wird von mir nicht gebilligt und muss strafrechtlich verfolgt und bestraft werden. Wo kein Kläger da kein Richter! Streit um demokratische Regeln. Die Bürgervereinigung wirft Opitz mit Blick auf die wiederholte Abstimmung die Missachtung grundlegender demokratischer Regeln sowie von Respekt und Anstand vor.

zu 5. Geld geht alle an: Sollte man eigentlich meinen und danach handeln. Leider haben das einigen Stadträten nicht verinnerlicht. Es sind ja nur Steuergelder die für den Einzelnen keine persönlichen schmerzlichen Konsequenzen haben. Buchstaben a bis g werden bei allen Verantwortlichen des Zweckverband IPO als nicht relevant Kosten immer wieder dargestellt. Die gewissen markttechnischen Gegebenheiten angepasst werden müssen und damit von Gottes Gnaden als hingenommen zu betrachten sind. Auf dem Ohr sind sie taub, was interessiert uns die Meinung Andersdenkenden. Verbandssatzung: § 22 Ausscheiden von Verbandsmitgliedern „(4) Die finanziellen Folgen aus dieser Zweckverbandssatzung und der gemeinsamen Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes stellen keinen wichtigen Grund für die Kündigung der Mitgliedschaft im Zweckverband dar.“

zu 6. Mir ist bewusst, dass wir mit Heidenauer und Dohna Steuereinnahmen die Pirnaer Entwicklungsfläche ohne Garantie auf eigene Steuereinnahmen finanzieren? Leider wurde in der Satzung des IPO diesbezüglich keine Sicherheit Punkte eingearbeitet. Um so mehr ist es für die IPO Protagonisten möglich in die drei Stadtkassen zu greifen um den Finanzbedarf des Zweckverbandes über Umlagen zu realisieren.

zu 7. Die Stadtentwicklungsgesellschaft Pirna (SEP) sind so richtig im Monopoly-Fiber der drei Bürgermeister (Pirna, Heidenau und Dohna) mit den Herr Venske, Herr Flörke, Herr
Eisler.
Wir müssten eigentlich gewarnt sein bei den Interkommunales Gewerbegebiet Dresden – Heidenau (Betonwerk Sporbitz) da haben wir auch alle Vermarktungsrechte an Dresden vergeben und sind bis jetzt mit dem Ergebnis unzufrieden.

zu 8. Dohna hat den Austritt aus dem IPO beschlossen. Was sagt uns die Verbandssatzung? § 22 Ausscheiden von Verbandsmitgliedern: 5) Der Ausschluss kann von einem Verbandsmitglied oder dem Verbandsvorsitzenden beantragt werden, wenn ein Verbandsmitglied

1. die Verpflichtungen aus der Verbandssatzung nicht erfüllt,
2. in anderer Weise die Erfüllung von Verbandsaufgaben schwerwiegend beeinträchtigt oder
3. durch eigene Handlungen andere Verbandsmitglieder unzumutbar belastet und dieser Umstand auch nach zweimaliger schriftlicher Mahnung fortbesteht, und die weitere Erfüllung der Aufgaben durch den Zweckverband gesichert ist sowie keine unvermeidbaren haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen zu erwarten sind. Ein Ausschluss nach Nr. 3 ist nur möglich, wenn das Verbandsmitglied bei jeder Mahnung auf die Rechtsfolge des Ausschlusses hingewiesen worden ist“

Ist es möglich Info über dem Vorschlag von IPO-Chef und Heidenauer Bürgermeister zur Vereinbarung über den Austritt zu bekommen. Dieser wurde zuerst vom Stadtrat Dohna nicht zugestimmt. Nun ist die Zustimmung zur Vereinbarung beschlossen. Ich frage mich was steht in der Vereinbarung. Welche Konsequenzen ergeben sich für Stadt Pirna und Heidenau? Angeblich würde das Geld, nämlich bei Austritt nicht zurückgezahlt. Mit welchem Recht bzw. Gesetzesgrundlage verweigert der ZV die Rückgabe? In der Verbandssatzung konnte ich jedenfalls nichts finden, dass der Zweckverband IPO einfach die eine Million Euro nicht zurückzahlt. Was sind das für Methoden: Wegelagerer? Es erinnert mich an den Tatbestand der Erpressung bzw. an Nötigung. Immerhin ist Dr. Müller der geistige Vater des IPO. Die Freien Wähler sollten wild entschlossen sein, um einen Stadtratsbeschluss einzureichen wo der Bürgermeister von Dohna aufgefordert würde, die seit 2018 eingezahlten 736.336 Euro, das Dohna bisher als Umlage an den Verband zahlte zurückfordern.

zu 9. Natürlich gibt es eine Entwicklung von Industrie auf dem alten Industrieflächen.

zu 10. Ja habe ich. Leider gibt es vom BM keine Aktivitäten, weil er ja den großen Wurf mit ZV IPO als strategische Entwicklung verfolgt. Warum sollte er, bisher hat er im Stadtrat seine Interessen immer mit allen Mitteln durchgesetzt. Er konnte sich immer auf seine Freunde verlassen.

zu 11. Wir haben die Kontrolle verloren, als Stadträte und als Gesellschaft insgesamt. Wem gehört das Land? In den Städten sind wir daran gewöhnt, dass Grundstücke im Besitz von Privatpersonen, Familien, Unternehmen oder der Kommunen sind. Außerhalb der Städte sind die Eigentumsverhältnisse jedoch weit weniger transparent – oft ist der Boden in den Händen Agra Genossenschaften, Immobilientreuhandgesellschaften, Treuhand, Zweckverbände und sogar fremder Staaten. Das öffnet der Ausbeutung von Land, Landschaft und Territorium Tür und Tor. Dies sind Dinge, die unsere freien Gesellschaften zunehmend bedrohen. Es ist ein Feld von ungelösten Problemen, weit entfernt vom traditionellen Arbeitsbereich der Urbanisten und Architekten. Jede Forschung auf diesem Gebiet, jeder Film oder jede andere Form der Dokumentation ist hilfreich und unterstützt unsere eventuelle politische Handlungsfähigkeit.

[Sendung vom 03.08.2022 aus Reportage & Dokumentation](#)

[Wem gehört mein Dorf?](#)

Ostseebad Göhren auf Rügen, Urlaubsidyll zwischen Bäderarchitektur und Meeresrauschen. Ein Ort zwischen Ausverkauf, Turbo-Tourismus und Naturschutz. Der Film zeigt, dass Veränderung im Kleinen beginnen und dabei große Wellen schlagen.

Die Linke bzw. SPD sollten sich mal über ihre Sturheit Gedanken machen. Dass Naturzerstörung auch noch von staatlicher Seite gefördert wird, setzt allem die Krone auf. Da muss ich mich wieder fragen, ob das vernachlässigte Lernziel "Demokratie" in der Bildung Methode hat.

Nach dem Krieg 1945 haben die Altvordern das Motto „Junkers Land in Bauerhand“ den Neubauern einige ha Land zur Bewirtschaftung von Ackerbau und Viehzucht überlassen.

Dann gab es die Zeiten der LPG mit mehr oder weniger Problemen. Nach der Wiedervereinigung wurde das Land neu geordnet. Und nun versuchen einige das große Geschäft ihres Lebens auf Kosten der Gegner des IPO zu Verändern um Gewinne zu generieren.

„Einen hohen Stellenwert hat eine gesicherte Ernährung der Bevölkerung. Ich sehe und bedauere auch aus aktuellem Anlass den Verlust von 140 ha hochwertigen Ackerlandes (mit Ausgleichsflächen 240 ha). Laut dem Grundstücksverkehrsgesetz und dem Reichssiedlungsgesetz ist ein Landwirt bei einem Verkauf zu bevorzugen. Mich würde mal die Stellungnahme des Bundesministeriums für Ernährung interessieren.“

Die Sorge um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist für Bundesagrarminister Cem Özdemir eine Frage der Perspektive. Denn sowohl die SPD- als auch die von der Union regierten Länder wollen Brachflächen in Deutschland nutzen, um dort Lebensmittel anzubauen. Die EU-Kommission hat das vor kurzem erlaubt, um so die Versorgung in Europa mit Lebensmitteln zu sichern.

Die Bürgermeister mit ihrem Unterstützer und ihrer unendlichen Güte, tun alles erdenkliche um aus dem Ackerland Industrieland mit einem hohen Anteil an Versiegelung umzuwandeln. Leider handelt die Politik nicht in diesem Sinne, sondern folgt wirtschaftlichen Partikularinteressen.

Ich muss nochmal auf dem Dokumentarfilm „Wem gehört mein Dorf“ zurückkommen. Dieser Film ist auch aus bildungspolitischer Sicht ein wichtiger Beitrag gegen Demokratie Verdrossenheit. Der Film zeigt, dass Veränderung im Kleinen beginnen und dabei große Wellen schlagen kann. Er erzählt von der Mitbestimmung in der Lokalpolitik, dem Wesen der Demokratie. Und ich denke wir haben in etwa die gleichen Probleme wie im Film dargestellt. Ein Ort zwischen Ausverkauf, von Ackerland und Naturschutz.

„Um selbst am Gemeinderat mitzubestimmen, was bebaut wird, und welche Teile der Natur erhalten werden, finden verschiedene Bürger*innen in ihrem Unmut über die Lokalpolitik zusammen und gründen eine Bürger*inneninitiative. Ihre Chance lautet, bei der nächsten Kommunalwahl mehr Stimmen im Gemeinderat zu erhalten.“

Es liegt nun in unserer Hand um endlich Veränderungen im Abstimmungsverhalten durchzusetzen. Wir haben zwei Bürgerinitiativen. Einmal HBI 2 Stadträte Michael Schürer und Dr. Bernhard Borchers sowie René Kirsten für die „Bürgerinitiative Oberelbe für mehr Demokratie“ Fünf mal Parteilose Stadträte. Im Stadtrat geht das Tauziehen um die Zukunft der öffentlichen Ackerflächen: auf der einen Seite die Befürworter des IPO, auf der anderen

Seite die Gegner mit zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der hoffentlich richtungsändernden Wahlentscheidung als Weckruf für Heidenau.

Und wieder gibt es Neuigkeiten in der SZ vom 19.08.2022. Das Verwirrspiel „Geht Dohnas Pokerspiel beim IPO auf? Natürlich frage ich mich auf welcher Seite gepokert wird um Zeit zu schinden um die Stadträte Irre zu machen. Wer hat noch ein Trumpf im Ärmel. Dazu habe ich noch Fragen:

- Möglicherweise bleiben aber die Dohnaer doch.
- denn dem Austritt müssen die anderen beiden Städte zustimmen.
- Im Juli hat der Stadtrat (Dohna) beschlossen, dem Vertrag zuzustimmen.
- Das klang unsicher, war aber nicht naiv. Hauer weiß genau, was er sagt und dass Dohnas endgültiger Austritt der Anfang vom Ende des Verbands ist.
- Verbandsvorsitzender und Heidenaus Bürgermeister Jürgen Opitz (CDU) schlägt eine geringere Dohnaer Umlage an den Verband vor. Das klingt nach Entgegenkommen und verlangt eine Reaktion. Schließlich hat Hauer gesagt, bei einem Angebot noch einmal zu überlegen. Mit Speck fängt man Mäuse oder man Stadträte. Dohnaer müssen aufpassen, dass sie nicht zum Spielball werden und der BM vor lauter Lachen nicht zum Schlaf kommt.
- Eine wichtige Entscheidung fällt Ende September im Heidenauer Stadtrat! Was ich bezweifle denn es sind noch viele Fragen offen.

Michael Schürer

Heidenau, den 18.08.2022